



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bauausschuss
Sitzungsnummer	Bau/013/2012
Datum	Montag, den 03.09.2012
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:10 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend:

vom Gremium

Herr Bernhard Noack	Ausschussvorsitzender	CDU
Frau Martina Heil-Schön	Stadtverordnete	SPD
Herr Jens Kraft	Stadtverordneter	SPD
Herr Günter Pohl	Stadtverordneter	SPD
Herr Rolf-Georg Pross	Stadtverordneter	SPD
Herr Achim Beck	Stadtverordneter	CDU
Herr Werner Gerhardt	Stadtverordneter	CDU
Herr Rainer Kama-ra	Stadtverordneter	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Gerd-Rainer Michalek	Fraktionsvorsitzender	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hermann Spory	Stadtverordneter	FW
Herr Thomas Meißner	Stadtverordneter	FDP

vom Magistrat

Herr Harald Semler	Stadtrat
Herr Günter Schmidt	Stadtrat

von der Verwaltung

Herr Tobias Wein	Rechtsamt
Herr Thomas Hemmelmann	Büro des Baudezernats

Herr Markus Heller

Tiefbauamt

Herr Karl-Ernst
Schaub

Planungs- und Hochbauamt

von der Verwaltung

Herr Michael Sei-
bert

Rechnungsprüfungsamt

Abwesend:

AV N o a c k eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

FrkV M i c h a l e k stellte fest, dass es sich zu TOP 1 lediglich um eine Vorstellung des Konzeptes handeln solle. Eine Diskussion sollte gesondert in allen Ausschüssen zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Stv. B e c k stimmte dem zu und bekräftigte, dass das Entwicklungskonzept ISEK in allen Ausschüssen zu behandeln sei.

StR S e m l e r erläuterte, dass in der heutigen Sitzung keine Entscheidung getroffen werden solle, vielmehr gehe es darum, den organisatorischen Ablauf, der bisher den Bürgern vorgestellt wurde, darzulegen. Es solle eine Vorstellung des Konzeptes in der Form, wie es den Bürgern vorgestellt worden sei, erfolgen.

Stv. B r e i d s p r e c h e r unterstützte die Vorgehensweise, die von FrkV M i c h a l e k vorgeschlagen worden sei. Er wies darauf hin, dass es sich um ein grundsätzliches Papier handele, welches in allen Ausschüssen beraten werden solle.

Der Ausschuss bestätigte einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Städtebauliches Entwicklungskonzept ISEK**
Vorlage: 1060/12
- 2 Ausbau der Fröbelstraße zwischen der Siechhofstraße und dem neu errich-**
teten "Familienzentrum" in Wetzlar-Niedergirmes
Vorlage: 0996/12
- 3 Technisches Gebäudemanagement**
Prüfungsauftrag
Vorlage: 0977/12

- 4 Bushaltestellenerweiterung Freiherr-vom-Stein-Schule /
Schule an der Brühlsbacher Warte
Vorlage: 0985/12**
- 5 Modernisierung und barrierefreie Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes
Wetzlar, Sachstandsmitteilung
Vorlage: 1036/12**
- 6 Bahnhof und Busbahnhof Wetzlar - Sachstandsbericht -**
- 7 Hallenbad Europa
Prüfungsauftrag an das Rechnungsprüfungsamt
- Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes vom 27.03.2012 -
(Bezug: I/91 - Drucksachen-Nr. 0534/11)**
- 8 Kontrollsystem für städtische Baumaßnahmen
vor Ablauf der Gewährleistung
- Stellungnahme des Magistrats vom 30.04.2012 -
(Bezug: I/74 - Drucksachen-Nr. 0448/11)**
- 9 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 14.06.2012**
- 10 Einräumung eines Erbbaurechtes für die enwag, energie- und wassergesell-
schaft mbH, Wetzlar
Vorlage: 1057/12**
- 11 Grundstücksverkauf, enwag energie- und wassergesellschaft mbH, Wetzlar
Vorlage: 1068/12**
- 18 Verschiedenes**

Öffentlicher Teil

zu 1 Städtebauliches Entwicklungskonzept ISEK Vorlage: 1060/12

Herr D a n i e l s stellte das städtebauliche Entwicklungskonzept ISEK vor (Präsentation in der Anlage beigefügt).

FrkV M i c h a l e k führte an, dass man bei Betrachtung der B 49 im Bereich des Forums den Eindruck habe, dass diese die Stadt „zerschneide“. Er fragte an, wie es mit dem Westanschluss und der Westtangente als Hauptstraße sei und wie hierbei die Dill integriert werden solle. Die Westtangente könnte auch an einer anderen Stelle gebaut werden, um die gewünschte Entlastung zu erreichen.

Herr D a n i e l s führte aus, dass der Verkehr grundsätzlich unterirdisch verlaufen sollte. Man sollte sich hierbei zielorientiert auf den Zeitraum von etwa 10 bis 15 Jahren einstellen. Grundsätzlich sei der Verkehr an die Ränder zu verlagern. Die gesamte Verkehrsstruktur sollte verändert werden. Dadurch solle eine Verbesserung für Fußgänger und Radfahrer entstehen.

Stv. B e c k äußerte sich dahingehend, dass die Westumgehung die Entlastung des Zielverkehrs darstellen solle, wobei 46 % des Verkehrs aus dem Innenstadtbereich herausgeleitet werden sollen. Hierbei spielten zwei Aspekte eine Rolle: Zum einen, den Verkehr aus dem Innenstadtbereich herauszuführen und zum anderen, über eine unterirdische Verkehrsführung nachzudenken.

Stv. B r e i d s p r e c h e r bezog sich auf das Freibad und stellte fest, dass es sich dabei um ein „Juwel der Stadt“ handle und dieses nie aufgegeben werden dürfe. Es gäbe in Deutschland kaum ein Schwimmbad, welches sich mitten in der Stadt befinde. Eine mögliche Bebauung werde hierbei nicht als Vorteil gewertet, vielmehr werde dieser Vorschlag als eine Provokation gesehen.

Herr D a n i e l s erläuterte, dass in den Geschäftsstraßen unbegründete Angst der Geschäftsleute bestehe. Nach dem Konzept solle ein besseres Klima der Wege und eine bessere Situation erreicht werden. Bezüglich der Umgestaltung des Schwimmbades komme der Vorschlag von der Stadt und nicht vom Planungsbüro. Das Planungsbüro sehe vor, das Schwimmbad mehr in Richtung der Lahn zu verlagern. Dadurch würde ein Qualitätsgewinn erreicht werden. Das Bad sollte von einem technischen in ein natürliches Bad umgewandelt werden.

Stv. G e r h a r d t merkte an, dass er als wesentlichen Bestandteil des Konzeptes sehe, den Verkehr, die Parkplätze in den Untergrund zu verlagern und die Schwimmbadnutzung zu ändern. Dieses Konzept (Vision) müsse aber finanzierbar bleiben. Diese Vision werte er in der Umsetzung für unrealistisch.

Herr D a n i e l s widersprach dem, dass diese Vision nicht umsetzbar sei, was man am Beispiel der Stadt Maastricht feststellen könne. Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass der Wille, etwas zu verändern, da sein

müsse sowie die Bereitschaft für die Umsetzung. Das Auto sei nicht das Wichtigste. Die Mentalität der Bevölkerung müsse sich verändern, Flexibilität sei erforderlich und notwendig.

Herr S c h m i d t sagte, dass es sich hierbei um ein Konzept handle. Wenn dieses beschlossen werden würde, dann müsste es auch passen, damit es umgesetzt werden könne. Herr D i e t r i c h führte aus, dass hilfreich sei, bei Investoren schon jetzt Vorgaben zu machen, die auf das Konzept abzielen. Die Stadt bestimme die Form der Bauten, die sich nach dem Konzept einfügen müssten.

Stv. S p o r y wies darauf hin, dass die B 49 eine überörtliche Straße sei und er die Verlegung unter die Erde topographisch und technisch als utopisch und sehr schwierig erachte. Weiterhin verwies er auf die Umgestaltung der Bahnhofstraße, bei der auch eine Wohnbebauung in der Nähe der Lahn ermöglicht werden solle.

Stv. P o h l regte an, dass die Diskussion nicht im Detail fortgeführt werden solle, sondern erst dann, wenn es konkret in die Ausschussberatung gehe. Das Konzept diene als flexibler Rahmen, wie auf Seite 4 dargelegt. Die Beschlussvorlage verstehe er von daher nicht als „verbindliche Leitlinie“, sondern als im Detail flexibel.

Herr D a n i e l s erklärte, dass das Konzept als Steuerungselement Regeln für die Stadt darstelle. Stv. B r e i d s p r e c h e r bat darum, dass die Beschlussvorlage jedem Ausschuss vorgelegt werden solle. Dem stimmte StR S e m l e r zu.

Der Ausschuss nahm das Konzept zur Kenntnis, beließ die Vorlage jedoch zur weiteren Beratung im Geschäftsgang.

zu 2 Ausbau der Fröbelstraße zwischen der Siechhofstraße und dem neu errichteten "Familienzentrum" in Wetzlar-Niedergirmes
Vorlage: 0996/12

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 3 Technisches Gebäudemanagement
Prüfungsauftrag
Vorlage: 0977/12

Stv. M e i ß n e r verwies auf die eingespielten Strukturen bei der Wetzlarer

Wohnungsgesellschaft. FrkV M i c h a l e k gab zur Kenntnis, dass im Umweltausschuss dieser Tagesordnungspunkt im Geschäftsgang belassen worden sei. Stv. M e i ß n e r warf die Frage auf, ob der Antrag überhaupt im Umweltausschuss behandelt werden müsse. Stv. B r e i d s p r e c h e r führte aus, dass der Prüfungsauftrag zurückgestellt worden sei, weil die SPD-Fraktion diesbezüglich noch keine Fraktionssitzung durchgeführt habe.

Stv. B e c k verwies auf viele Unwegbarkeiten, welche städtischen Liegenschaften grundsätzlich zu welchen Konditionen verwaltet werden können. Nicht nur die WWG sei hier in Betracht zu ziehen. Es müsse bekannt sein, was man tatsächlich auch wolle. Stv. P o h l vertrat die Auffassung, dass genau aus diesem Grunde eine inhaltliche Diskussion erfolgen müsse. Der Antrag sei nicht genau definiert, z. B. gehe es hierbei um die Gebäude oder die technischen Einrichtungen?

Stv. M e i ß n e r erklärte, dass es auch um Heizungsschäden gehe, wie z. B. im Kindergarten Niedergirmes, wo die Heizung am Wochenende zugefroren sei und hierbei erhebliche Kosten entstanden seien. Es gehe um die Prüfung, ob die WWG grundsätzlich diese Kontrollen übernehmen könne und wenn ja, zu welchen Kosten.

Stv. P o h l fragte StR Semler, wie dies derzeit geregelt sei. StR S e m l e r erläuterte, dass alle Schäden, die gemeldet werden, durch das Fachamt abgestellt werden. FrkV M i c h a l e k empfahl, über die Fakten des Auftrages nachzudenken, inwieweit man den Antrag einschätzen könne, um nicht enorme Kosten zu erzeugen.

Auf Vorschlag von Stv. M e i ß n e r beließ der Ausschuss den Antrag im Geschäftsgang.

zu 4 Bushaltestellenerweiterung Freiherr-vom-Stein-Schule / Schule an der Brühlsbacher Warte Vorlage: 0985/12

Stv. H u n d e r t m a r k erläuterte den Antrag, über den abgestimmt werden solle. Es handele sich um eine große Schule, wo der Schutz der Schülerinnen und Schüler nicht gegeben sei. Im Vergleich zu der Eichendorffschule bzw. der Kestnerschule sei eine klare Verkehrsregelung gegeben. Es handele sich bei der Maßnahme um „kleine Mittel“, die dafür bereit gestellt werden sollten.

Stv. P o h l fragte nach, ob die beschlossenen Maßnahmen bis jetzt umgesetzt worden seien. Dies wurde von Herrn H e l l e r bejaht. StR S e m l e r erläuterte, dass es nicht geplant sei, die neue Maßnahme durchzuführen. Es seien im Haushalt dafür keine Mittel zur Verfügung.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, wie hoch sich die Kosten belaufen würden, wenn die Maßnahme gemäß dem Antrag durchgeführt werden würde. StR S e m l e r teilte mit, dass es sich hierbei um voraussichtlich 50.000 € handle. Herr H e l l e r ergänzte, dass hierzu eine Vorplanung von etwa drei Monaten erforderlich wäre und dass bei den Kosten mögliche Leitungs-verlegungen bisher nicht berücksichtigt seien. StR S e m l e r erläuterte weiter, dass die Fläche sich im Eigentum des Schulträgers befinde, dieser aber in einem PPP-Verhältnis stehe.

Stv. P o h l sah in dem Antrag einen Antrag für den Haushalt 2013. Die Ausführung könne dann nur in den Ferien erfolgen. Stv. H u n d e r t m a r k meinte, dass eine sehr hohe Brisanz in dem Bereich bestehe und er glaube, dass sich die Grundstücksverhältnisse anders darstellen.

Abstimmung: 2.7.2

zu 5 Modernisierung und barrierefreie Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes Wetzlar, Sachstandsmitteilung Vorlage: 1036/12

FrkV M i c h a l e k bezog sich auf Seite 4 der Vorlage (Erläuterung Tabelle 3) und führte aus, dass die Bahn keine Angaben zur Kostensteigerung mache. Er fragte, inwieweit es einen neuen Sachstand gebe. StR S e m l e r antwortete, dass es bisher von der Bahn keinen neuen Sachstand gebe.

FrkV M i c h a l e k nahm Bezug auf die Planung der Wendemöglichkeit am Forum und fragte, inwieweit der Radius richtig geplant und schließlich umgesetzt worden sei. StR S e m l e r führte aus, dass dies geprüft und schriftlich beantwortet werde. Der Wendehammer sei die kleinste nach DIN ausgeführte Form, damit der Bereich nicht beparkt werden könne. Die Ausführung sei wie geplant erfolgt. Stv. B e c k erklärte, dass es sich hierbei um einen „Wendekreis“ und nicht um einen „Wendehammer“ handle.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

zu 6 Bahnhof und Busbahnhof Wetzlar - Sachstandsbericht -

Herr H e l l e r erläuterte die bisher durchgeführten Maßnahmen. Auf dem Bahnhof sei bisher eine Rampe durch die Bahn abgeschlossen. Der Parkplatz auf der Nordseite sei fertig. Die Baumaßnahme werde derzeit noch durch die Firma Weil genutzt, die für die Baumaßnahme der Bahn zuständig sei. Ende November solle die Maßnahme der Bahn voraussichtlich fertig sein. Danach erfolge die Fortführung durch die Stadt. Die Teilfläche werde als Baustelleneinrichtung durch die Bahn genutzt. Die Bahnsteige 4 und 5 seien inzwischen fertiggestellt, 6 und 7

befinden sich noch in Arbeit.

zu 7 Hallenbad Europa
Prüfungsauftrag an das Rechnungsprüfungsamt
- Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes vom 27.03.2012 -
(Bezug: I/91 - Drucksachen-Nr. 0534/11)

FrkV M i c h a l e k bezog sich auf die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes, vor allem auf den letzten Absatz der Seite 7 sowie auf die letzte Seite und fragte an, inwieweit der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes Folge geleistet worden sei und der Magistrat einen Beschluss gefasst habe. Sollte dies noch nicht geschehen sein, wäre dies zu beschließen.

StR S e m l e r erläuterte, es sei noch nicht beschlossen, aber durch ihn bereits eine Empfehlung ausgesprochen. Stv. P o h l führte aus, dass die Vereinbarung noch weiter gehe, dass eine vertragliche Bindung mit der enwag erfolgen müsse. StR S e m l e r erläuterte, dass es einen Vertrag zwischen der Stadt und der enwag gebe, der derzeit überarbeitet werde.

Stv. B e c k verwies auf die technischen Fehler in den Fugen, die man erst wesentlich später merke. Dies sei sehr schwierig und nur durch Fachleute zu prüfen. FrkV M i c h a l e k merkte an, dass nach dem Bericht die Abmontage von Armaturen wegen Feuchtigkeit und hoher Temperaturen erforderlich sei. Stv. M e i ß n e r ergänzte, dass die Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes sehr weitreichend sei und umgesetzt werden sollte. Der Magistrat müsse handeln.

Auf Vorschlag von FrkV M i c h a l e k fasste der Bauausschuss folgenden Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt, den in Punkt 9 des Prüfvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes vom 26.03.2012 gemachten Empfehlungen Folge zu leisten.“

Abstimmung: 10.0.1

t

**zu 8 Kontrollsystem für städtische Baumaßnahmen
vor Ablauf der Gewährleistung
- Stellungnahme des Magistrats vom 30.04.2012 -
(Bezug: I/74 - Drucksachen-Nr. 0448/11)**

Stv. M e i ß n e r zeigte sich über die Stellungnahme zum Kontrollsystem erstaunt, vor allem deswegen, weil seitens des Tiefbauamtes keine Vorschläge gemacht werden. StR S e m l e r erläuterte, wenn tiefergehende Maßnahmen ergriffen werden, entstehe ein Kostenaufwand vor allem beim Personal. Es hänge davon ab, was politisch gewünscht werde.

FrkV M i c h a l e k kritisierte, dass bei den aufgeführten Verbesserungsmaßnahmen immer darauf verwiesen werde, was man verändern könne, sich für ihn jedoch der Eindruck erwecke, dass nichts passiere. Der Mehrbedarf an Personal und auch an Aufwendungen könne nicht beurteilt werden. Er schlug daher vor, den Antrag an den Magistrat zurück zu geben, um dies zu konkretisieren.

Stv. G e r h a r d t führte aus, dass für diesen Antrag die gleiche Intention vorliege wie beim Hallenbad. Verjährung von Gewährleistungen waren bei Baumaßnahmen immer schon ein Thema. Der Magistrat solle die Kosten für das Personal konkretisieren. StR S e m l e r erklärte, dass er versichern könne, dass nach seiner Auffassung die Prüfungen sehr gut gemacht werden und führte dies auf die Prüfung im Hallenbad an. Die Schäden an den Fliesen hätte man nicht merken können. Es bestehe ein Spannungsfeld in der tatsächlich erforderlichen Notwendigkeit.

Stv. M e i ß n e r vertrat die Auffassung, dass es dem Grunde nach darum gehe, in entsprechenden Fällen oder bei Verdacht höheren Aufwand zu betreiben und die Vorschläge zu erarbeiten, bei denen Mängel aufgezeigt werden können. StR S e m l e r erläuterte am Beispiel, dass man oft Kleinigkeiten nicht erkennen könne, sie sich aber in den Jahren extrem auswirken können.

Stv. G e r h a r d t bezog sich auf stichprobenartige Prüfungen. Er verwies auf die Fehler im Hallenbad. Viele Bereiche seien technisch feststellbar und somit erkennbar. Aufgrund der großen Schäden sollte man insbesondere über die Prüfungsmechanismen nachdenken, auch wenn zusätzlich Mittel erforderlich werden.

FrkV M i c h a l e k führte nochmals auf, dass ihn der Bericht in der Konjunktivform störe und dies vermittele, „wir könnten tun oder nicht“. Stv. B e c k sagte, dass es sich um Kontrollen in der Bauphase handeln müsse und bei kritischen Gewerken möglichst Kontrollen nach dem „Sechs-Augen-Prinzip“ stattfinden sollten. Stv. P o h l meinte, dass „Kontrolle“ sich einfach anhöre, aber die Praxis anders aussehe, weil es auch Fehler beim Material geben könne. Ein Kontrollmechanismus werde durchgeführt. Es stelle sich die Frage, ob dies ausreiche.

Stv. G e r h a r d t erinnerte an den tatsächlichen Antrag und dass es nicht um Baukontrolle während der Bauzeit, sondern vielmehr in der Zeit der Gewährleistung gehe. Stv. P r o s s verwies darauf, dass man oft Schäden in der Gewährleistung nicht erkennen könne.

StR S e m l e r ergänzte, dass ein Kontrollmechanismus bestehe. Wenn mehr gewollt sei, müsse dies kommuniziert werden. FrkV M i c h a l e k führte aus, dass - um diesen Mehrbedarf zu begrenzen - Stichproben erforderlich seien. Gleichzeitig bat er um Information, wie hoch die Kosten und der Aufwand seien, wenn vermehrte Kontrollen durchgeführt werden. Der Magistrat sollte hierzu die Information nachliefern.

zu 9 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 14.06.2012

Mitteilungen

StR S e m l e r gab die Beantwortung der Anfragen aus der letzten Bauausschusssitzung vom 14.06.2012 als Anlage zur Niederschrift.

Anfragen

- Stv. P o h l verwies auf die Abwassersituation in Garbenheim bei zwei Grundstücken, die bisher nicht an das städtische Kanalnetz angeschlossen seien. Er fragte an, inwieweit es bei der Stadt noch Grundstücke gebe, die nicht an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen seien. StR S e m l e r sicherte Beantwortung zu.
- Stv. P o h l erklärte, dass in dem städtischen Gebäude in der Hauser Gasse, wo das Familienzentrum untergebracht war, jetzt auch das Puppenmuseum heraus soll. Er bat um Mitteilung, was dann mit dem Gebäude geschehen solle.
- Stv. P o h l verwies darauf, dass sich in der Lahn im Bereich des Hausertores Baumstämme befinden. StR S e m l e r erläuterte, dass dafür das Wasser- u. Schifffahrtsamt zuständig sei. Holz und Baumstämme würden nach Regengüssen immer wieder angeschwemmt. FrkV M i c h a l e k wies darauf hin, dass dies ein Problem sei, welches immer wieder auftritt. Vor dem Hessentag waren bereits Beschädigungen an der Alten Lahnbrücke aufgetreten. Es sollte eine Zustimmung erteilt werden und durch das THW das angeschwemmte Material beseitigt werden. StR S e m l e r erläuterte, grundsätzlich sei es möglich, es sollte aber nicht zu einer städtischen Aufgabe gemacht werden.
- Stv. P o h l nahm Bezug auf den Lärmschutz Garbenheim. Es sei vorgesehen gewesen, durch Hessen Mobil noch in 2012 Planungen vorzulegen, jedoch fehlten angeblich noch Unterlagen der Stadt. Er fragte nach dem Sachstand. StR S e m l e r erläuterte, dass das Planungsamt noch das Planungsrecht schaffen müsse und das Tiefbauamt werde ein Planungsbüro beauftragen. Haushaltsmittel würden für die Zwischenfinanzierung im Nachtragshaushalt bereitgestellt.

- Stv. M e i ß n e r erkundigte sich nach dem derzeitigen Sachstand bei HeidelbergCement. Die Verhandlungen sollten gemäß dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aufgenommen werden. Aus einem Bericht in der Presse ging hervor, dass die Abrissverfügung für die Kalksteinförderbrücke angeblich eineinhalb Jahre andauern würde. StR S e m l e r sicherte Beantwortung zu.
- Stv. S p o r y wies darauf hin, dass in Hermannstein an der Dillbrücke seit über zwei Jahren ein Stamm im Wasser liege. Er fragte, wer für die Beseitigung zuständig sei.

Niederschrift vom 14.06.2012

Die o. g. Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 10 Einräumung eines Erbbaurechtes für die enwag, energie- und wassergesellschaft mbH, Wetzlar
Vorlage: 1057/12

Stv. M e i ß n e r erkundigte sich nach den Angaben unter Punkt 5 auf Seite 2, inwieweit an den Einnahmen von 2.500 € etwas verändert wurde oder ob die Höhe gleich sei wie im letzten Jahr. AV N o a c k führte aus, dass es mindestens 2.500 € seien oder 5 Prozent.

Abstimmung: 11.0.0

zu 11 Grundstücksverkauf, enwag energie- und wassergesellschaft mbH, Wetzlar
Vorlage: 1068/12

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 18 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV N o a c k schloss die 13. Sitzung des Bauausschusses.

Der Ausschussvorsitzende

Der Schriftführer:

N o a c k

K u l i g